

Am: 1. August, Italien und Japan ist - Nürnberg

Paris, 3. Juni. Der diplomatische Bericht... über das Datum für die Räumung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort...

Die amerikanische Regierung teilt dem Standpunkt der Engländer, Italiener und Japaner, daß die Erhebung einer 20prozentigen Abgabe...

Die deutsche Bergarbeiterfrage für die Vollsozialisierung und gegen die Schuttschlichtung... Die Wiesener Tagung des alten Bergarbeiterverbandes...

England rüft gegen Kemal... London, 4. Juni. Daily Telegraph schreibt: Versöhnlich befinden sich unmittelbar vor einer britischen Flotte...

Die Arbeitzeit der Beamten... Berlin, 4. Juni. Der sozialpolitische Ausschuss des vorläufigen Reichspräsidentenrat hat einstimmig folgenden Antrag angenommen...

Der 3. Bismarck-Band... Berlin, 4. Juni. Wegen des Urteils des Berliner Landgerichtes, das die Veröffentlichung der Kaiserbriefe...

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat laut 'Vorwärts' beschlossen, folgenden Antrag zu stellen: Der Reichstag wolle beschließen, den Reichstangler zu erlösen...

Curzon will keine Rebanché... Lord Curzon, der kürzlich von der konservativen Vereinigung Premierminister Reagene eine Rede hielt...

Deutschland keine Rebanché... aber wäre nicht im englischen Sinne.

Frankreich. Der Kontrakt der französischen Eisenbahner sprach sich in seiner Mehrheit für den Anschluß an Moskau aus.

England. Die Zahl der Arbeitslosen ist auf 2 127 000, die der Kurzarbeiter auf 1 194 000 angewachsen.

Portugal. Das portugiesische Parlament ist aufgelöst worden. Die Neuwahlen sind auf den 10. Juni angesetzt.

Der erste U-Boot-Droozel.

Der erste U-Boot-Droozel, der sich gegen den Kapitänleutnant Neumann richtete, fand heute in Leipzig statt. Der Wirkung des Publikums war ungewöhnlich.

Kapitänleutnant Neumann freigesprochen. Leipzig, 3. Juni. Im dem vierten Kriegesgerichts-Urteil wird der Angeklagte, Kapitänleutnant Neumann freigesprochen.

In der Urteilsbegründung heißt es: Nach dem Gesetz aller Kulturstaaten, auch nach dem Gesetz der beiden hier beteiligten Staaten...

Die nächsten Kriegesgerichtsverfahren. Am 22. Juni findet gegen den Oberleutnant A. D. Paule aus Charlottenburg wegen angeblicher Erziehung des französischen Dampfschiffes Wigaat Verhandlung vor dem 2. Strafsenat des Reichsgerichts statt.

Provinz und Nachbarstaaten.

Die 'Bereinigung' der deutschen Reichsfreiung bildet den Gegenstand einer parlamentarischen Anfrage, die jetzt der preussische Kultusminister beantwortet hat.

Die Einfuhr französischer Zynschwäne. Die Vertreter der Beiratskommission von Bordeaux im französischen Senat haben sich wegen des deutschen Verbot...

Herr Nestor i. R. Neumann wurde die die Hott Stenz-Medaille verliehen, die ihm am Sonnabend von Herrn Landrat Zimmermann überreicht wurde.

Theater. Auf heiligsteitigen Bestellungen der Theaterleitung wird in den nächsten Tagen nochmals das Schauspiel 'Ein Frühlingströmm' aufgeführt werden.

Vorausätzliche Witterung am 7. Juni 1921. Zierlich heiß, trocken, mäßig warm.

Interesse. Am Freitag erlebte der 78jährige Franz Wahlen aus Interesse des Gengerkist zur elektr. Hochspannung um Roggenfelder anzusehen.

Hannburg, (Sondergericht) 3. Juni. Wegen vorbereitender Handlungen zum Hochrat wurde der Arbeiter Albin Preiser aus Tueden zu 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus, wegen Beamtenehligung...

Der Kammsfabrikarbeiter Friedrich Semmel aus Freyburg wurde wegen Aufforderung zum Hochrat und räuberischer Erpressung zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Der Landarbeiter Fritz Koch aus Preitz erhält 9 Monate, der Landarbeiter Fritz Bernhard aus Bierenburg 6 Monate Gefängnis...

Zu je 10 Jahren Zuchthaus wurden die Arbeiter Karl Wunderlich, Franz Mariniak und Winifred Wolf an zu je 6 Jahren Gefängnis die jugendlichen Franz Bomer und Fritz Krebs verurteilt.

Wegen Anschlusses an die rote Armee wurde der Arbeiter Paul Schindler aus Alzeberg zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

Wandeburg, 2. Juni. (Großrichter vor Gericht) Vor dem Wandeburger Landgericht hatten sich gestern fünf Kaufleute zu verantworten, die Wertobjekte von über 20 Millionen Mark, darunter Schmuckstücke...

In Witten verurteilt eine Ehibürogefängnisse unter dem beschuldigten Namen 'Schwarze Hand' Drohbriefe an verschiedene Bürger, in denen diese angefordert werden, an

Alte Liebe.

Kollekte von Reinhold Ortmann. Nachdruck verboten.

28] Eine Zufallsbegegnung war es gewesen, daß die junge Frau auf dem Bahnhof in München eines Freundes aus ihrer Mädchenzeit ansichtig geworden war, des Dr. Werner Marold, der nach ihrer Ueberzeugung so wenig von ihrer Tätigkeit als Schauspielerin aus ihrer Berührung...

Außern, der notwendig die Verdacht der Beamten auf sie und auf ihren Begleiter lenken mußte, in die Arme des ahnungslosen Dr. Marold. Um eine sofortige Aufklärung zu verhindern und womöglich einer weiteren Durchsuchung des Juges vor seiner Abfertigung vorzubeugen...

Robert Fabner aber hatte unangefochten seine Reise nach Innsbruck und darüber hinaus auf anderen Bahnhöfen bis zu der kleinen Station fortgesetzt, die durch einen regelmäßigen Postwagenverkehr mit Wengenbach verbunden ist.

mit seiner Frau zusammengetroffen, die mit dem ersten Morgenzuge von Wengenbach aus ihre Reise fortgesetzt hatte. Da der richtige Mädchenname der Berliner Polizei nicht bekannt gewesen war, und da der Stadtkopf sie nur als ehemalige Genia Serla bezeichnete...

Das Spiel war vortrefflich gelungen, und niemand hatte einen Verdacht gegen sie geschöpft — auch dann nicht, als plötzlich Dr. Werner Marold aus der Dürchblicke ergriffen war, von der Schindler nach seiner alten Freundin hergetrieben.

Er hatte ihren Namen auch d rauf vorbereitet, daß Marold möglichst rasch nach Wengenbach kommen würde, und als er ihr Schicksal darüber erfuhr, daß sie dem Doktor ihren Schicksal verraten und damit die Gefahr ihrer Einbürgerung heraufbeschworen habe...

Fortsetzung folgt.



Wöchentliche Anzeiger

für Deuchern

und Umgegend



Anzeigenpreis: Die jeckgehaltene Korpusseite 60 Bg. Kellameise 1.— RT.

Abdruck von Anzeigen in der Wochenzeitung dieses Blattes, Belegblätter 10, bis 10 Seiten vorwärts 8 Ugr. Größere und kompliziertere Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erstreckt wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 6 Ugr für den folgenden Tag.

Bestellfrist für den Preis: durch einen Geschäftsbrief 5,50 RT, von anderen Orten ins Haus gebracht 6,00 RT und durch den Zusteller 6 RT. Einzelnummer 20 Bg.

Bestellfrist für die monatliche Belege werden außer in der Geschäftsfrist, Belegblätter 10, auch von anderen Orten und allen Postanstalten angenommen.

Ämtliches Verhandlungsblatt für die Stadt Deuchern.

№ 66 |

Dienstag, den 7. Juni 1921.

| 60. Jahrgang

Der Friede mit Amerika.

Eine neue Friedensrevolution.

Nachdem sich durch die Annahme des Ultimatum durch Deutschland die Verhältnisse in Europa wieder geläutert haben, liegt auch nach amerikanischer Auffassung jetzt dem Friedensschluß mit Deutschland nichts mehr im Wege. Daher hat, wie jetzt berichtet wird, der Ausschuß des Repräsentantenhauses für auswärtige Angelegenheiten beschlossen, dem Hause die Resolution vorzutragen zu lassen, die die Aufhebung des Kriegszustandes zwischen den Vereinigten Staaten einerseits und Deutschland und Österreich andererseits vorschlägt. Diese Resolution soll an die Stelle der Resolution Knox treten. Vorher, Vorfragen des Ausschusses, erklärte, seine Resolution werde dem Repräsentantenhaus in der nächsten Woche zu sofortiger Beratung unterbreitet werden.

Gegen den Versailler Vertrag.

Nach einer Meldung der „Morningpost“ aus Washington hat der Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten mit 14 gegen 2 Stimmen beschlossen, den Versailler Vertrag von Versailles nicht eher zu ratifizieren, bis den Vereinigten Staaten die Wortkriegsrechte mit Bezug auf die Innes Sap, auf die atlantische Kabel und die Petroleumfrage eingeräumt worden seien.

Pfleg vorübergehend befehlt.

Einbringen der Anträge.

In der Nacht zum 2. Juni drangen die Anträge in die Stadt Pfleg ein, ohne von der Schaar von französischer Truppen, die dort in Garnison liegt, aufgehalten oder auch nur an der Befestigung der Anträge und einzelner Bürger gehindert zu werden. Der italienische Kreisführer der bereits einige



daß er ungefragt in die Befestigung der J. R. eingreifen kann.

Trotzdem aber muß diese Politik der Gewalt, von der Polen einen Erfolg erhoffte, letzten Endes zu seinem eigenen Nachteil ausfallen. Ein Beweis hierfür ist die Tatsache, daß das Gelingen der polnischen Expedition weitgehend, daß sie jetzt bereits auf 4000 Mann etwa 3200 am 14. Mai für das Pfund Sterling steht.

Das Amlageverfahren.

Minister Herms zu Regelung der Getreide-wirtschaft.

Der Volkswirtschaftsminister Herms hat am heutigen Tage über den Gesetzentwurf über die Regelung der Getreidewirtschaft, der bekanntlich das Amlageverfahren einführen will. Der Berichterstatter Abg. Schindl hat dabei folgende Vorschläge gemacht, die dem Verfahren geltend, er befähigt Verschleudern und Vertierung des Brotes.

Zur Zusammenfassung der Drogawirtschaft.

Wirtschaftsminister Herms führte an: Das Ziel, das erreicht werden muß, sei, die Produktion nach ferneren zu erschwinglichen Preisen sicherzustellen. Hierzu sei die alte Drogawirtschaft, die von

den landwirtschaftlichen Kreisen abgelehnt werde und auch mit der Natur des landwirtschaftlichen Betriebes schwer vereinbar sei, nicht die geeignete Form. Bei Fortführung der alten Drogawirtschaft sei ein weiterer Anstieg der Erzeugung des Getreides sehr wahrscheinlich. Wenn sich der Anstieg im gleichen Verhältnis wie in den letzten beiden Jahren vollziehe, so dürfe für das nächste Wirtschaftsjahr nur mit einer Erzeugung von 600 000—700 000 Tonnen gerechnet werden bei einem Bedarf von 2,4 Millionen Tonnen.

Gegen die völlig freie Wirtschaft erhob der Minister insbesondere das Bedenken, daß bei ihrer Einführung die Einfuhr von Auslandsgetreide höher steigen würde, als sie unter Wirtschaftlichen Verhältnissen eintreten könnte. Der Getreidepreis würde dem Weltmarktpreis nahe kommen und hierdurch das Brot bei uns das 3 mal oder 3 mal so teuer werden, wie er jetzt ist. Die Einfuhr von Mehl und Kartoffeln könne nicht als Ersatz herangezogen werden, da hier bessere Produktionsverhältnisse vorlägen. Bei dem wichtigsten Nahrungsmittel, dem Brot, müsse das Steuer noch fest in der Hand behalten werden. Es müsse ferner erreicht werden: Förderung der Produktion in Verbindung mit einer gründlichen Befreiung der Verbraucherschaft.

Zur Einführung des Heberzinsverfahrens.

zu der auch nach Ansicht des Ministers durchaus erprobenswerten freien Wirtschaft, sieht er in dem Amlageverfahren unter Freilassung des Heberzinses an Getreide. Hierdurch ließe sich eine Hebung der Produktion erreichen, die uns aus dem Ausland allmählich unabhängig mache und es würde der Schleichenhandel mit Getreide und Mehl in den Händen der Wirtschaften beseitigt. Die Freilassung des Getreides der neuen Regelung sei aber, daß die Händler, in deren Hand der Vorrat liegt, ihrerseits gegen sämtliche Landesstellen mit allem Nachdruck vorgehen und von den hierzu im Entwurf gebotenen Handhaben auch Gebrauch machen.

Die Redner der Rechten (Abg. C. v. D. B.) und v. Braun (Cent.) übten heftige Kritik an dem Amlageverfahren und forderten die völlig freie Wirtschaft.

Reparationsverhandlungen.

Die abgeleiteten deutschen Schiffe.

In Paris haben die Verhandlungen zwischen deutschen und alliierten Sachverständigen über die Abschätzung der seit dem Waffenstillstand von Deutschland angelegerten Handelschiffe begonnen.

Amerika zahlt nichts.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat beschlossen, die gelegentlich der amerikanischen Kriegserklärung in amerikanischen Häfen beschlagnahmten deutschen Schiffe ohne Entschädigung zu behalten. Von Seiten der alliierten Mächte man erwartet, daß Amerika einen dem Wert der Schiffe entsprechenden Betrag an die Reparationskommission abschicken sollte. Diesen Wunsch hat der Kongreß nunmehr verworfen.

Keine Anrechnung der deutschen Güter in Südafrika.

Die deutsche Regierung hatte bei der Reparationskommission Einwendungen gegen die Beschlässe der südafrikanischen Regierung in der Frage der Liquidierung der deutschen Güter und Interessen in Südafrika erhoben. Die Reparationskommission hat diese rechtlich durchaus begründeten Einwendungen statt abgelehnt und sich dem Standpunkt der südafrikanischen Regierung angeschlossen. Hiernach kann das Ergebnis dieser Liquidationen Deutschland nicht auf Reparationskonto gutgeschrieben werden.

Eine interessante Entscheidung des Völkerverbundes.

Malandinseln — Oberschlesien.

Eine staatsrechtliche Sachverständigenkommission des Völkerverbundes hat nach monatelangen Verhandlungen entschieden, daß die Malandinseln nicht das Recht hätten, von Simland eine Volksabstimmung über ihren Willen der Staatsangehörigkeit zu verlangen. Die Begründung dieses Spruches lautet:

„Die Trennung einer Minderheit von dem Staate, von dem sie einen Teil ausmacht und ihre Eingliederung in einen anderen Staat kann nur als eine Lösung in Ausnahmefällen betrachtet werden, nämlich als letztes Mittel, wenn der in Frage kommende Staat entweder die Willens über die Frage erlangt, dieser Minderheit wirksame Garantien für ihre Rechte zu sichern.“ Die Kommission begnügt sich damit, weiter als solche Garantien die Minderheitsrechte als Schutzsprache, ein ausschließliches Eigentumsrecht, das die Minderheit vor der Ueberfremdung sichert und Autonomiebestimmungen in bezug auf das lokale Wahlrecht und das Recht der Einbürgerung, Vorschläge für die Befreiung der Schiffe ihre Verwaltung (im Falle der Malandinseln Gouvernementsverwaltung auf Grund einer verbindlichen Vorabstimmung) zu machen.

Danach könnte über die ungeteilte Angehörigkeit Oberschlesiens zu Deutschland eigentlich kein Zweifel mehr bestehen.

Deutsches Reich.

6. Juni 1921.

Deutschlands Aufnahme in den Völkerverbund.

Der Generalsekretär des Völkerverbundes hat mit großer Mehrheit eine Resolution angenommen, daß Deutschland bei der nächsten Jahresversammlung des Völkerverbundes als Mitglied zugelassen werden sollte. Lord Grey wurde als Präsident der Union wiedergewählt. Sir Robert Cecil bezeichnete es als einen großen Vorteil für den Völkerverbund Europas, wenn es gelingen würde, Deutschland wieder lebensfähig zu machen. Das Finanzkomitee des Völkerverbundes hat seinen Bericht über die österreichische Frage erstattet.

Vertagung der Deutscher Konferenz.

Meldungen aus London zufolge besteht wenig Hoffnung auf eine baldige Einberufung des Obersten Rates in Sachen Oberschlesiens. Danach würde eine weitere Verschiebung für Deutschland nicht ungünstig sein, da man glaube, Frankreich bereite sich zur Nachgiebigkeit vor und werde sich einem deutschen Vorschlag hinsichtlich der Saarverhandlungen anschließen. Ein Ausschuß von einem Monat sei aber möglicherweise zu erwarten. Die englische Politik gehe dahin, daß man die Hand und die des Polen, und das übrige Völkerverbundgebiet unterteilt Deutschland am besten wisse. Deutschland könne jetzt auch die Wahrung seiner Rechte aus dem Friedensvertrag verlangen, nachdem es erklärt habe, seine Verpflichtungen „außer plan“ zu erfüllen.

Die Saarverhandlungen werden.

Die Delegation der Saarregierung, die in Berlin mit einer deutschen Delegation über wirtschaftliche und soziale Fragen verhandelt, ist wieder nach dem Saarlande abgereist. In den Verhandlungen wurden Vorschläge für verschiedene Abkommen, in der Kriegswirtschaftsfrage, Sozialversicherung, Doppelbesteuerung usw. diskutiert.

Oberschlesien-Sitzung.

Unter Führung des deutschen Reiches haben sich die „Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier“ zur Wiedererrichtung „Oberschlesien-Sitzung“ zusammengeschlossen. Diese Vereinigung hat vom Staatsminister für die Angelegenheiten der Grenzprovinzen eine Einladung zum Teilnahme an Sammlungen für Oberschlesien erhalten, so daß alle anderen Sammlungen unerlaubt sein würden. Der vierte Teil des Meinertages obiger Sammlungen soll der Flüchtlingsfrage gewidmet werden. Es ist dringend erwünscht, daß sich die weiteren Kreise der Bevölkerung an dieser Sammlung in ganz Deutschland beteiligen. Es gilt die Bitte, die Sammlungen zu verhindern, die für uns alle unfähige Not erdulden müssen. Alle Frauen und Männer werden daher gebeten, schnellst Spenden einzuhändigen auf das Konto Oberschlesien-Sitzung bei der Deutschen Reichsbank, Berlin, Jägerstraße.

Heftiger Ausbruch der Reparationszahlungen.

Nach einer Meldung aus Washington behauptet die „Chicago Tribune“, daß die am 31. Mai erfolgte erste Zahlung Deutschlands an die Entente in Höhe von 35 733 000 Dollar infolge von Kurschwankungen statt 150 nur 140 Millionen Goldmark betrage. Diese Aufschätzung ist unrichtig, da der Dollar auf Grund der Goldparität von etwa 4,20 ausgeschoben wird. Zu der weiteren Mitteilung, daß Deutschland bereit sei, einen der Resten über 10 Millionen Dollar in wenigen Tagen einzulösen, und daß die Berliner Banken an der Arbeit seien, die Summe aufzubringen, hören wir, daß die 10 Millionen Dollar bereits vorhanden sind.

Verurteilung der Gefangnisse im Rheinland.

Die durch die französischen Gerichte im besetzten Gebiet verurteilten hinfür zum Teil in den deutschen Abteilungen untergebracht werden. Bei der emigen Tätigkeit der französischen Gerichte ist nun eine Überfüllung der Gefangnisse eingetreten, so z. B. in Mainz.

Franzosen auf dem Simpsung.

Immer neue Methoden erfindet die französische Kultuspropaganda in dem besetzten Gebiet. Neuerdings sucht ein Vertreter der alliierten Malandinselnkommission die Direktoren der höheren Schulen auf, um sie aufzufordern, ihren Schülern bekannt zu geben, daß auf Veranlassung der französischen Regierung während der diesjährigen Sommerferien in Nancy ein Kursus für deutsche Schüler stattfinden. Die Einschreibgebühr beträgt 50 Fr. Im übrigen sind Reise und Aufenthalt unentgeltlich.

Deutsch-Neuguinea unter australischer Verwaltung.

Der Generalsekretär des Völkerverbundes erklärt, daß die australischen australischen Ministerpräsidenten die Mitteilung, in der gefagt wird, daß Australien die zivile Verwaltung über die ehemaligen deutschen Kolonien in Neuguinea übernehmen sollte, begrüßen. Eine Stadt ohne Politik. Durch freiwillige Stiftungen ist es in der Stadt Frankfurt M. gelungen, das Gleichgewicht im öffentlichen Haushalt 1920/21 herzustellen, jedoch der Etat jetzt ohne Selbsttragfähigkeit.

Kleine politische Nachrichten.

Oppeln. Das neue englische Mitglied der Internationalen Kommission, Sir Eric D. ist in Oppeln einetroffen.